

Das Ende von Glasnost beginnt im Baltikum

«Für eure Freiheit und unsere!»

Das Zuschlagen der Militärs am Golf ermöglicht den reaktionären Kräften in der Sowjetunion das brutale Vorgehen im eigenen Herrschaftsbereich. Militärische Aktionen zur «Rettung der Union als heilige Aufgabe», die alte stalinistische Sprache des ZK der KPdSU... die Zeichen stehen auf «Ende der Demokratisierung».

Roland Brunner

Am 9. Januar 1991 marschierten 1000 sowjetische Fallschirmjäger mit Schützenpanzern in Vilnius, Litauen, auf, um die Aushebung litauischer Rekruten mit Militärgewalt durchzusetzen und den Unabhängigkeitsbestrebungen ein Ende zu bereiten. Sie besetzten das Verteidigungsministerium, das nationale Pressehaus, umstellten den Fernsehturm, erschossen 14 Personen und verletzten über 100 weitere. Gorbatschow forderte die litauische Regierung auf, sofort wieder die sowjetische Verfassung einzuführen und anzuwenden. Auch in Estland wurden Luftlandtruppen stationiert. Am 20.1. stürmten sie das lettische Innenministerium und töteten dabei fünf Menschen. Der Aufruf zur **«Wahrung der staatlichen Einheit als heilige Pflicht»**, von Gorbatschow proklamiert, zeigt die Rückkehr zum alten Denken des kalten Krieges im Rahmen einer «neuen Welt(un)ordnung» auf. Im Schatten der Golfkrise setzten die reaktionären Teile der Bürokratie zum offenen Angriff gegen die demokratischen Unabhängigkeitsbewegungen an.

Zurück zum kalten Krieg?

Dem militärischen Vorgehen liefen Signale der Klimaverhärtung voraus: Der Rücktritt *Schewardnadse*, die Ernennungen von *Pugow* und *Gromow* als In-

nenminister, das Säbelrasseln der Militärs und der konservativen Sojus-Gruppe deuteten einen härteren Kurs an. Die geopolitische Situation kam gelegen. Die historische Parallelität von Suezkrise und der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956, von Vietnam und StudentenInnenbewegung und der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 entspricht der ebensowenig zufälligen Gleichzeitigkeit von Golfkrise und dem Konflikt in Litauen. Eine konservative militärische Clique in der zerfallenden Sowjetunion glaubt, sich föderale Toleranz nicht mehr leisten zu können, und versucht, die Ablenkung der Weltöffentlichkeit auszunutzen, um in ihrem Imperium für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die mit Glasnost und Perestrojka erstmals wieder entstandene Öffentlichkeit zu zerschlagen.

Ein Militärputsch?

Wer den militärischen Einsatzbefehl erteilt hat, bleibt weiterhin ungeklärt. Dass niemand bereit ist, die Verantwortung für die Geschehnisse zu übernehmen, deutet auf die entstandene Patt-Situation hin. Weder konnten die Militärs die Unabhängigkeitsbewegungen definitiv schlagen, noch gelang es diesen, die Gefahr weiterer militärischer Aktionen gänzlich zu beseitigen. Auch Gorbatschows Rolle bleibt vorerst unklar. Zwar behauptete er, er **«habe von den tragischen Ereignissen erst am frühen Sonntag morgen erfahren»**. Diese Aussage ist aber stark in Frage gestellt durch andere Aussagen und politische Entscheide der letzten Zeit. Er versteckt sich hinter den «Hilferufen» eines «Komitees zur nationalen Rettung», um am wirtschaftlichen Umbau auf Kosten der Demokratisierung festzuhalten. Eine Taktik der Bruderhilfe, die an Vergangenes erinnert. Die Ak-

tionen gegen die Fernsehstation und das Papierlager des Verlages und Druckunternehmens Spauta in Vilnius zeigen zudem, dass der Schlag gezielt gegen Glasnost, die unabhängige Diskussions- und Demokratiekultur, gerichtet ist. *Eduard Schewardnadse*, der zurückgetretene Aussenminister, bezeichnete die Militäraktion denn auch als Vorspiel zu einem Militärputsch in der gesamten Sowjetunion.

Massenproteste gegen die Intervention

Dass es dieser militärischen Logik nicht leicht fallen wird, sich gegen die neuentstandene staatsunabhängige Öffentlichkeit durchzusetzen, zeigen die Reaktionen auf das Vorgehen der Zentralgewalt: In Moskau, Riga und Kiew demonstrierten Zehntausende und Hunderttausende gegen den drohenden Militärputsch und in Solidarität mit Litauen. In Moskau forderten über 300'000 Menschen den Rücktritt Gorbatschows, die Entwicklung der Demokratie und die Respektierung der Rechte der baltischen Völker. Der Historiker *Juri Afanassiew* bezeichnete diese grösste Massenkundgebung der sowjetischen Geschichte als **«unser entschiedenes Nein zum reaktionären Kurs Gorbatschows»**. In Leningrad streikten am 16. Januar rund 300 Belegschaften, mehr als 200 weitere erklärten ihre Solidarität mit Litauen. In Moskau legten gut 50 Betriebe und Einrichtungen die Arbeit für zwei Stunden nieder.

In einer Meinungsumfrage verurteilten 74 Prozent der befragten MoskauerInnen das Vorgehen der Militärs im Baltikum, lediglich 15,4 Prozent billigten es. Bei den unter 30jährigen betrug die Ablehnung gar 80 Prozent, während sie bei den über 60jährigen nur 55 Prozent betrug.



Die Präsidenten Estlands, Lettlands, Litauens und Russlands verabschiedeten eine Erklärung, in der sie ihre gegenseitige staatliche Souveränität anerkennen und auf die «Anwendung von militärischer Gewalt zur Lösung dieser oder jener inneren Probleme für unzulässig» erklären. Boris Jelzins Stellungnahmen zielen darauf ab, zu verhindern, dass alle Russen als Okkupanten eingestuft werden. Die Salven von Vilnius galten auch und vor allem der Russischen Föderation und ihrer reformerischen Mehrheit. Die Radikalreformer werden angegriffen, der Restauration des Kapitalismus den Weg zu bereiten. Es gibt aber keinen Anlass zu glauben, die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen seien restauratorischer als die «internationalistische» Clique im Kreml. Während die zentralstaatlichen Reformer immer die Notwendigkeit einer «starken Hand» für den «schmerzhaften Übergang» betonen, verbanden die baltischen Unabhängigkeitsbewegungen ihre wirtschaftspolitischen Massnahmen mit einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse. Zentrale Figuren der Reformpolitik traten nach dem Massaker von Vilnius aus ihren Funktionen zurück, so die Wirtschaftsfachleute Leonid Abalkin, Nikolai Petrakow, Jewgeni Primakow.

Die «Moskau News» schreibt in einer Erklärung des Herausgeberkreises: «Wir

trauern um die Opfer im Baltikum, wir trauern aber nicht nur um die Toten. Am blutigen Sonntag des 13. Januar wurde in Vilnius die Demokratie zur Zielscheibe. Erstmals wurde gegen die frei vom Volk gewählte Macht zugeschlagen. (...) Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wird mit Füßen getreten. Das, was in Litauen geschehen ist, ist eindeutig als Verbrechen zu qualifizieren, als ein Verbrechen gegen das eigene Volk, das in einen Bürgerkrieg gestossen wird. Um die Union zu erhalten, braucht man sie nicht unbedingt in einen Friedhof zu verwandeln.»

Ivan Drach, Leitungsmittglied der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung RUCH, berief sich in einer Unterstützungserklärung an die LitauerInnen auf die alte Parole der Französischen Revolution: «Die dunklen Kräfte des Bösen können die Hoffnungen der Völker auf Unabhängigkeit nicht brechen! Gemeinsam sind wir unbesiegbar. Für eure Freiheit und unsere!»

Armeepräsenz in den Strassen

Seit dem 1. Februar patrouillieren in allen grösseren Städten der Sowjetunion bewaffnete Streifen von Miliz, der Miliz für besondere Aufgaben (OMON) und der sowjetischen Streitkräfte. Vom In-

nenministerium wurde dieser Befehl mit der Zunahme der Kriminalität begründet: Ziel sei die «Erhöhung der Sicherheit der öffentlichen Ordnung und die Gewährleistung der militärischen Disziplin». Der Einsatz der Armee zu «Ordnungszwecken» wird aber kaum gesellschaftliche Probleme lösen, sondern die militärische Logik der Konfrontation weiter beschleunigen. Vielleicht ist aber auch genau diese Provokation das Ziel des Beschlusses. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, dass die Verfassung der Russischen Föderation den Einsatz des Militärs im Innern verbiete, antwortete Verteidigungsminister Jasow: «Ich kenne diese Verfassung nicht, für mich gibt es nur die sowjetische!»

Ein neuer Unionsvertrag?

Am 17. März soll laut dem Willen des Föderationsrates die gesamte Sowjetunion über einen neuen Unionsvertrag abstimmen. Folgende Frage gilt es dabei zu beantworten: «Finden Sie, dass es unumgänglich ist, die Sowjetunion als erneuerte Föderation gleichberechtigter souveräner Republiken zu erhalten, in denen die Rechte und Freiheiten von Personen aller Nationalitäten vollständig gewährleistet werden?» Eine Frage, die in ihrer unverständlichen Formulierung seit den Ereignissen in Vilnius und

Umfrage in Leningrad

| «Soll die Unabhängigkeit der baltischen Republiken mit Gewalt verhindert werden?» | Ja | | | | Nein | | | | |
|---|----------|---------|---------|---------|----------|---------|---------|---------|----|
| | Sept. 89 | Feb. 90 | Juni 90 | Jan. 91 | Sept. 89 | Feb. 90 | Juni 90 | Jan. 91 | |
| Gesamte Bevölkerung | 31 | 24 | 24 | 8 | 56 | 65 | 66 | 87 | |
| Frauen | 29 | 25 | 24 | 7 | 60 | 62 | 64 | 88 | |
| Männer | 33 | 23 | 24 | 8 | 52 | 66 | 68 | 87 | |
| unter 30j. | 19 | 14 | 17 | 5 | 70 | 77 | 77 | 93 | |
| 30–45j. | 28 | 19 | 20 | 7 | 59 | 71 | 70 | 89 | |
| 45–60j. | 36 | 29 | 28 | 9 | 51 | 60 | 63 | 86 | |
| über 60j. | 48 | 37 | 36 | 8 | 34 | 45 | 46 | 83 | |
| unqualifizierte ArbeiterInnen | 40 | 47 | 37 | 10 | 44 | 36 | 44 | 80 | |
| qualifizierte ArbeiterInnen | 36 | 23 | 31 | 6 | 51 | 65 | 57 | 87 | |
| unqual. Angestellte | 40 | 26 | 27 | 5 | 44 | 33 | 48 | 90 | |
| mittlere Angestellte | 39 | 33 | 22 | 4 | 44 | 54 | 64 | 91 | |
| StudentInnen, TechnikerInnen usw. | 26 | 19 | 22 | 9 | 62 | 73 | 72 | 88 | |
| SozialarbeiterInnen usw. | 23 | 15 | 21 | 6 | 68 | 79 | 76 | 88 | |
| leitende Kader | 24 | 33 | 34 | 32 | 58 | 58 | 64 | 76 | |
| Militärs | 31 | 37 | 34 | 19 | 50 | 51 | 63 | 79 | |
| Leute mit Vertrauen in den Präsidenten der UdSSR | | | | | | | | | 5 |
| Leute ohne Vertrauen | | | | | | | | | 16 |
| | | | | | | | | | 73 |
| | | | | | | | | | 93 |

Riga nur noch zynisch anmutet. Die Entscheidung ist längst gefallen. Auch mit einer Mehrheit in der ganzen Union wäre eine erzwungene Einheit gegen den Willen von Teilnationen nicht legitim durchsetzbar.

In Litauen hat die Bevölkerung am 9.2.91 schon mit über 90 Prozent der Unabhängigkeit ihrer Nation zugestimmt (bei einer Stimmbeteiligung von 84 Prozent, obwohl Gorbatschow die Abstimmung für verfassungswidrig erklärte!). Der Aufruf zum Abstimmungsboykott, von der moskautreuen litauischen KP erlassen, wurde selbst von den RussInnen nicht befolgt. Auch die sowjetische Einflussnahme mittels Flugblättern mit dem Aufruf zum Nein, aus sowjetischen Militärhelikoptern abgeworfen, verfehlte ihr Ziel. Eine ähnliche Abstimmung soll in Estland für den 3. März erfolgen. In einer Umfrage haben sich hier auch 44% der Nicht-EstInnen für die Unabhängigkeit erklärt. Selbst im fast ausschliesslich russisch besiedelten Nordosten Estlands sprachen sich 58% für einen unabhängigen Staat aus.

In Russland selbst soll nach dem Willen des russischen Parlaments neben dem unionsweiten Referendum am 17. März ein russisches durchgeführt werden mit der Frage: **«Halten Sie die Bewahrung der russischen Föderation als eines einheitlichen föderativen multinatio-**

nen Staates im Bestand der erneuerten UdSSR für notwendig?»

Ein Ende mit Schrecken

Mit dem gewaltsamen militärischen Vorgehen im Baltikum – unter Absprache und im Fahrtwind des internationalen Massakers in Kuwait und im Irak – hat eine zu früh totgesagte stalinistische Bürokratie ihre hoffentlich letzte Schlacht geschlagen. Auch wenn sie diese gewinnt, hat sie endgültig das Volk verloren und dem begründeten Hass auf den «Kommunismus» das Feld bereitet. Der Chefredaktor der «Moskau News» und Volksdeputierte *Jegor Jakowlew* charakterisiert die Situation so: **«Das bisherige bürokratisch-autoritäre System zerfällt, segnet jedoch nicht das Zeitliche, sondern verwandelt sich eher in einen lebenden Leichnam, unfähig zu regieren, aber sehr lebendig in seinem Drang, den ganzen Demokratisierungsprozess einzufrieren.»**

Da auch ein Rückfall in den Stalinismus, eine Militärdiktatur, keine Antworten auf die sowjetische Malaise zu bieten hätte, wäre ihre zeitliche Dauer von vorneherein begrenzt. Andererseits zeigt die bisherige Schwäche des Massenwiderstandes auch, wie weitgehend der Stalinismus während Jahrzehnten demokratische Selbstorganisationsprozesse

zerschlagen hat. Die ersten feinen Ansätze, mit Glasnost aus dem Beton der Brezhniewzeit erwachsen, werden erneut von Militärstiefeln zertrampelt. Politische Resignation und Apathie sind die logische Folge solcher Politik.

Ob es der konservativen, reaktionären Clique innerhalb der Bürokratie jedoch wirklich gelingt, sich innen- wie aussenpolitisch durchzusetzen, das jetzt bestehende Patt mit der demokratischen Bewegung zu ihren Gunsten zu kippen, ist heute unabsehbar. Anders als nach der ansatzweisen Entstalinisierung unter Chruschtschow greifen heute die Demokratisierungsprozesse und die Unabhängigkeitsbestrebungen tiefer. Einzig die miserable wirtschaftliche Lage und das Ausbleiben wirklicher politischer wie ökonomischer Hilfe aus dem Westen können die Bevölkerung in einer Abwehrreaktion wieder in das Klima des Dauerfrostes treiben. Dem Ruf nach der starken Hand ist die völlige Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, das nationale Selbstbestimmungsrecht und eine wirtschaftliche Liberalisierung entgegenzustellen, um den repressiven Antworten den Boden zu entziehen.

Im geschichtlichen Rückblick werden nur die Opfer zählen, die die Bevölkerung zu tragen hat, wenn sie die KPdSU und das Imperium auf den Abfallhaufen der Geschichte befördert. Nur Ketten sind es, die das Volk verliert...